

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N. L.

Samstagsnummer Nr. 22 und 37

Telegraphische Anzeiger

Volksrecht - Konto:
Nr. 954 Berlin NW. 7

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. D.
Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Giro-Konto
bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen, — Bezugspreis: Bei Abnahme in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezug in unserer Geschäftsstelle 50 Reichspfennig, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspfennig Postgebühren, durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 Reichspfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsverhinderung oder Versperrung hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Sorauer Tageblattes oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllungsort ist Sorau N. L.



Anzeigen: Die 8spaltige Kolonne im Anzeigenblatt ist 11 Millimeter hoch 9 Zpf. Im Restteil die 4spaltige Kolonne ist 11 Millimeter hoch 35 Zpf. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufzugeben 10% oder nicht mehr als 50 Zpf. Für Anzeigen mit Illustrierung 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Umlage. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telefonischer Aufnahme von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach letztem Tarif. Bei Zahlungsauftrag und bei Restruktionen erfolgt jeder Anbruch auf demselben. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm., für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungsort und Gerichtsamt Sorau N. L.

Nummer 35.

Dienstag, den 11. Februar 1930.

120. Jahrgang

Vor schweren Entscheidungen.

Heute Reichstagsführung über den „Neuen Plan“. — Starke Gegensätze innerhalb der Fraktionen.

Das sich alle Reichstagsabgeordneten bis zu heute beginnenden ersten Lesung des „Neuen Plans“ schon durch das umfangreiche Dringlichkeitsverfahren über die beiden Saager Konferenzen durchgearbeitet haben, ist wohl kaum anzunehmen. Es ist ja auch keine Kleinigkeit, mehr als achthundert Seiten kompliziertesten Verhandlungsaktes innerhalb weniger Tage in sich aufzunehmen. Man darf aber annehmen, daß in allen Fraktionen, auch bei der Opposition genügend Sachverständige vorhanden sind, die ihren Parteifreunden und Fraktionskollegen die Aufbereitung des Stoffes erleichtern. Gerade deshalb freilich werden die bevorstehenden Verhandlungen und Debatten im Reichstagsplenum auch ganz besonders mit einem Grundriß unseres heutigen parlamentarischen Systems befaßt sein: Die schicksalsschwere Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Young-Plans, der mit ihm im engsten sachlichen und rechtlichen Zusammenhang stehenden Wertvorsätze und der erforderlichen Ergänzungsgesetze wird nicht so sehr in der Hand des einzelnen Abgeordneten liegen als vielmehr in der der „Sachverständigen“, die eben als Einzige die ganze umfangreiche Verhandlungsmaterie völlig beherrschen. — oder doch zu beherrschen glauben.

Das entbehrt aber keinen Parlamentarier von der Pflicht, sich sein Urteil auf Grund eigener Gemütsforschung selbst zu bilden und für die von ihm getroffene Entscheidung gerade zu stehen. Darum bedauern wir auch den jetzt bereits festgelegten Beschluß der Gruppe Treviranus, auf alle Fälle mit der übrigen Opposition geschlossen gegen die Saager Abmachungen usw. zu stimmen. So sehr auch in den letzten Wochen und Monaten schon um die Reparationsfrage, um die Liquidationsabmachungen u. a. m. debattiert worden ist, so selbstverständlich müßte es doch sein, daß vor jeder entscheidenden Fällung im positiven oder negativen Sinne zum mindesten die Argumente der Reichsregierung und der deutschen Delegation gehört werden, mit denen sie sich für die Annahme der Vereinbarungen einlehen. Ein Parlamentarismus, der grundsätzliche Entscheidungen von so weittragender Bedeutung vorwegnimmt, tötet sich letzten Endes selbst.

Dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bis tief in die Reihen der Regierungsparteien hinein absolut die Ueberzeugung vorherrscht, daß auch das neue Reparationsarrangement auf die Dauer über die politische und wirtschaftliche Kraft des Reiches geht. Die Meinungsverschiedenheiten liegen also, die in den nächsten Tagen und Wochen im Parlament ausgetragen werden, nicht so sehr in der Richtung der Grundansätze, sondern in der Richtung der Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeit der Verwirklichung und über die Beurteilung künftiger politischer Möglichkeiten. Niemand wird heute schon endgültig zu entscheiden wagen, ob es denkbar ist, die Saager Abmachungen einer neuen Revision im Sinne einer wirklichen Entlastung Deutschlands zu unterziehen, falls sich herausstellt, daß wir über kurz oder lang an den uns auferlegten Tributen wirtschaftlich zu Grunde gehen müssen. Wenn die Abmachungen überhaupt einen Sinn haben sollen, dann kann es nur der sein, die Atempause der allerersten Zeit nach Kräfte zur Herbeiführung einer wirklichen außenpolitischen Entspannung und zur Wiedererrichtung aller staatspolitischen und wirtschaftlichen Kräfte im Innern zu benutzen. Nur wenn beide Voraussetzungen erfüllt werden, wird die Methode schriftweisen Vorgehens eines Tages gerechtfertigt sein.

Die gestrigen Fraktionsführungen.

Im Reichstag hielten gestern nachmittags und abends sämtliche Fraktionen in Sitzungen ab, über deren Verlauf, bzw. Ergebnis folgende parteiöffentliche Mitteilungen herausgegeben wurden:

Zu der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei

nahm der wieder gewählte Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Dr. Schulz, zum ersten Male wieder an den Beratungen teil. Er wurde von der Fraktion aufs lebhafteste be-

grüßt. Dr. Schulz dankte und gebachte dann des verstorbenen Reichsministers Dr. Stresemann, dessen Außenpolitik die Fraktion nicht nur aus Gründen der Politik, sondern aus Ueberzeugung bei ihrer Stellungnahme zu den Young-Gesetzen vertrete. Dann trat die Fraktion in eine eingehende Besprechung des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens ein. Den Hauptberichter erstattete Reichsaussenminister Dr. Curtius, während über die finanzielle Seite des Vertrages Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer sprach.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei

veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: „Zur Frage der geplanten Biersteuererhöhung wird betont, daß die Fraktion eine solche Erhöhung nach wie vor ablehnt und auch zu keinem Kompromiß in dieser Frage bereit ist.“

Die Zentrumsfraktion des Reichstages

befähigte sich in ihrer Sitzung am Montag in erster Linie mit dem Problem der Sanierung der Reichsfinanzen. In Uebereinstimmung mit dem Fraktionsvorkammittee die Fraktion der einmütigen Auffassung, daß die mit dem Young-Plan zusammenhängenden Gesetze erst verabschiedet werden können, wenn die mit der Sanierung der Reichsfinanzen in Verbindung stehenden Fragen geklärt sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

läßt erklären, sie halte an der Auffassung fest, daß die Hauptaufgabe auch jetzt in dem völligen Ausstieg der Haushalte des Reichs, der Länder und der Gemeinden und der Aufrechterhaltung ihrer sozialpolitischen Verpflichtungen besteht. Wenn zur Erreichung dieses Zieles Steuererhöhungen unvermeidlich sind, so darf bei ihnen der soziale Gesichtspunkt nicht außer Acht gelassen werden, und es müssen alle Schichten des Volkes je nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Die Deckung der Verluste der Arbeitslosenversicherung sei am besten durch die Erhöhung der Beiträge auf 4 Prozent und durch die Gewährung eines festen Reichszuschusses zu erreichen. Eine Zwangsanleihe des Reiches bei der Sozialversicherung für die Arbeitslosenversicherung begegne den allergrößten Bedenken.

Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei, der seinerzeit wegen des Lobes des Reichsaussenministers Dr. Stresemann abgelehnt werden mußte, wird voraussichtlich am 23. März in Mannheim stattfinden.

Parteiübergreifende Besprechung über den Etat.

Berlin, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Im Reichstag begannen am heutigen

Rampf um die U-Boote in London.

Keine Abschaffung, höchstens Verminderung der Tonnage.

London, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Zu der U-Boots-Frage, die in der heutigen Vollziehung behandelt werden soll, macht sich in der englischen Presse eine religiöse Auffassung geltend. „Times“ erklärt, auf eine Abschaffung der U-Boote könne nicht gehofft werden, wohl aber auf eine Verminderung der Tonnage der einzelnen U-Boote und auf eine Begrenzung ihrer Gesamttonnage. Abgesehen von den hieraus sich ergebenden Vorteilen würden dann wieder Einschränkungen auf dem Gebiete der Zerstörer möglich werden. Das Blatt erwartet, daß die Franzosen außer den im Dezember 1924 vom französischen Marineministerium vorgeschlagenen U-Booten von insgesamt 96 000 Tonnen noch 30 000 Tonnen kleine Küsten-Unterboote fordern werden.

„Daily News“ schreibt, von der heutigen U-Boots-Erörterung werde nur erwartet, daß sie die Oberfläche des Problems berühre. Wenn die Franzosen ihren jetzigen Anspruch auf 96 000 Tonnen an U-Booten auch nur andernfalls aufrecht erhalten, so würden die Zerstörer- und Kreuzer-Programme anderer Länder davon sofort und direkt berührt werden. Der Marinekorrespondent des „Daily Telegraph“ äußert u. a.: Einer der britischen Einwände gegen die Verabschiedung der U-Boote ist begründet auf der Erwägung, daß der Verschleier Vertrag eines Tages abgeändert werden wird. Früher oder später würde Deutschland dann wohl den Anspruch erheben, U-Boote zu bauen. Eine solche Forderung, die England mit Beforgnis aufnehmen würde, kann nur verhindert werden, wenn eine internationale Aktion die Waage abschaffen würde, die während des Krieges in einen so schlechten Zustand gekommen ist.

Abrüstung oder Schlachtschiffenbau?

London, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Der inoffiziell bekannt gewordene amerikanische Vorschlag, wonach die Vereinigten Staaten nicht drei, sondern vier Schlachtschiffe abwraden und dafür ein dem neuen englischen Schlachtschiff „Rodney“ gleichwertiges Fahrzeug bauen wollen, steht neben der

U-Bootsfrage im Vordergrund des Interesses. „Times“ weist darauf hin, daß der amerikanische Vorschlag in der am Donnerstag gegebenen Fassung den amerikanischen Schlachtschiffen bereits eine erhebliche Ueberlegenheit an schwerer Artillerie gegenüber den britischen Schlachtschiffen geben würde, und sagt: Wenn aber Amerika außerdem noch ein neues Schlachtschiff bauen wollte, dann würde es allein an 10-jährigen Schlachten 33 gegenüber 18 britischen haben. In diesem Falle könnte kaum ernstlich von Parität die Rede sein.

Auch der „Daily Herald“ äußert große Besorgnis. Werde der amerikanische Vorschlag angenommen, dann werde die Konferenz schließlich zur Beginn neuer Schlachtschiffbauten sein.

Daß der amerikanische Vorschlag nur als Versuchsalternativ zu werten ist, scheint aus einer Washingtoner Meldung der „Times“ hervorzugehen, wonach die Beamten des Staatsdepartements erklären, daß ihnen nichts von einem Vorschlag der amerikanischen Delegation in London betreffend Bau eines neuen amerikanischen Schlachtschiffes im „Rodney“-Typ bekannt sei. Ein solcher Vorschlag scheint auch nicht mit der Begrenzungs- und Verminderungsrichtlinie der Vereinigten Staaten in Einklang zu stehen.

Zardius Rückkehr nach London.

Die rettende Verpätung.

Paris, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Die Nachricht, daß das fahrplanmäßige Flugzeug Paris-London bei einer Notlandung auf englischem Boden durch Brand verunfallt worden ist, hat hier besonders tiefen Eindruck aus dem Grunde gemacht, daß Ministerpräsident Zardius ursprünglich die Absicht hatte, dieses Flugzeug zur Rückkehr nach London zu benutzen. Nur der Umstand, daß der gestrige Ministerrat sich länger Sitzung, als ursprünglich angenommen war, hat, dem „Echo de Paris“ zufolge, diese Absicht vereitelt. Ministerpräsident Zardius hat dann den fahrplanmäßigen Zug benutzt.

Dienstag früh die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer und der Referenten des Finanzministeriums mit den Staats- und Steuerfachverständlichen der Regierungsparteien über die Vorschläge des Reichsfinanzministers für den Reichshaushalt für 1930.

Berlin, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Die Ausschüsse des Reichsrates beendeten am Montag die Beratung des Reichshaushaltes für 1929. Das Plenum des Reichsrates wird sich am Donnerstagabend mit dem Nachtragsetat und der Sanierungsnovelle beschäftigen.

Eine Verbesserung.

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, wurde als Nachfolger des preußischen Unterrichtsministers Grimme auf dessen bisheriges Posten als Vizepräsident des Provinzialparlamentes der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete König aussersehen, der gegenwärtig Leiter der Volkskulturstiftung im Provinzialparlament ist. Wie erinnerlich, hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion zunächst König als ihren Kandidaten für das Amt des preußischen Unterrichtsministers in Vorschlag gebracht.

Starek-Prozess im August?

Die Voruntersuchung gegen die Brüder Starek dürfte noch Ende dieses Monats abgeschlossen werden. Wann die Hauptverhandlungen gegen die Stareks und ihre Mitbeschuldigten stattfinden wird, steht noch nicht genau fest. Man rechnet damit, daß frühestens im August die Hauptverhandlung beginnen wird, die 5 bis 6 Monate dauern dürfte. Die Rechtsanwältin der Stareks wollen nach Abschluß der Voruntersuchung, also noch Ende dieses Monats, einen Antrag auf Haftentlassung für die drei Brüder Starek stellen.

Polnische Ostseekundgebungen.

Warschau, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Nationalistische Studenten stellten gestern in Warschau eine Petition an die um den 10-jährigen Jahrestag der Wiedereröffnung der Seezelle durch Polen zu feiern, wobei aggressive Reden gehalten wurden. So erklärte der eine Redner, Redakteur Rembicki:

An der Ostsee müssen die slawischen Feuer brennen, aber nicht nur an der gegenwärtigen Seezelle, sondern dort, wo sie vor 1000 Jahren gebrannt hätten.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ ist der Meinung, daß sich Polen in seinem Zug zum Meer nicht auf Vereidigung allein beschränken müsse. Wenn der Korridor Deutschland über, so sei für Polen Ostpreußen ein Hindernis. Es gebe zwei Methoden, um den Korridor an der Ostsee verschwinden zu lassen. Der im Vertrage von Versailles geschaffene Zustand, der von Polen geachtet und als unantastbar angesehen wurde, sichere nicht Polen allein, sondern beide Partner.

Das gleiche Blatt bringt dann noch einen Aufruf, worin die Bevölkerung aufgefordert wird, Geld für den Bau einer starken Flotte zu sammeln. Mit den Worten: „Aufs Meer hinaus! Bauen wir Häfen, bauen wir Schiffe!“ schließt die Rundgebung.

Billigung der Saager Abkommen in Brüssel.

Brüssel, 10. Febr. Der Ministerrat hat dem Gelebensrat zugestimmt, der die Billigung der Saager Abkommen enthält. Er wird nunmehr dem König unterbreitet werden.

Das polnische Budget in zweiter Lesung verabschiedet.

Warschau, 11. Febr. (Radiobienst des „S. L.“) Der Haushalt wird gestern dem Sejm in zweiter Lesung verabschiedet. Die Entwürfe der Regierung auf volle Wiederherstellung der Dispositionsfonds des Kriegsministers und des Handelsministers ergielten keine Mehrheit.

Die Opposition gegen die Militär in Spanien.

Paris, 10. Febr. „L'Empire“ bringt folgende Nachricht aus Madrid zum Ausdruck: